

Sollte unsere Wirtschaft — realistischⁱ gesehen — ihre Effizienz, ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren, sollte ihr Weiterbestand im intensivierten internationalen Wettbewerb gefährdet sein, so werden alle politischen Entscheidungen von vornherein dadurch präjudiziert. Aber die großen Fragen dürfen nicht aufgrund der Effizienz der Wirtschaft allein beantwortet werden. Hintergründig stellt sich die Frage nach der Staatsidee, die Frage nach der Selbstbehauptung Liechtensteins.

Ist Selbstbehauptung eines Kleinstaates, der für seine Existenz eine offene Volkswirtschaft und eine relative politische Abgeschlossenheit braucht, in einem integrierten Europa möglich? Es ist dies ein Optimierungsproblem zwischen antinomischen Zielen: Es wird darum gehen, ein Optimum zu finden, von Teilnahme am integrierten Europa unter Beibehaltung von Strukturen und Werten, von denen wir nicht abgehen wollen, weil wir wissen, daß es ohne sie Liechtenstein nicht mehr geben könnte.

Wie kann dieses Optimum erreicht werden? Durch Vollbeitritt als Maximallösung oder durch Assoziation unter gewissen Vorbehalten als Minimallösung? Sowohl durch Vollbeitritt als auch durch Assoziation zur EWG müssen effektive Souveränitätseinbußen in Kauf genommen werden. Professor Bindschedler kommt in diesem Zusammenhang in einem Vortrag über schweizerische Außenpolitik zur Ansicht, daß der Vollbeitritt einer Assoziation vorzuziehen sei. In einem Bericht über den Vortrag heißt es, ich zitiere: «Minister Bindschedler hält einen Beitritt zur EWG ... für möglich; wohl müßte er unter Neutralitätsvorbehalt erfolgen und der Überfremdungsfahrer Rechnung tragen. Doch sind diese Einschränkungen durch einen Vollbeitritt eher zu erreichen, als durch eine bloße Assoziation, die von der EWG aus gesehen institutionell immer unmöglicher wird. Der Assoziierte hätte auf jeden Fall das EWG-Recht zu übernehmen und würde rasch zum Satelliten herabgedrückt.» (Zitat nach NZZ, Nr. 403, 30. Jahrgang, 1967.) Zwar bildet das durch de Gaulle in die EWG hineingebrachte hegemoniale Element für die Kleinstaaten eine besondere Gefahr, und diese Gefahr ist durch sein Ausscheiden nicht gebannt. Es wäre sehr wohl möglich, daß die Führung von Frankreich an Deutschland übergeht. Ein Beitritt Englands zur EWG aber müßte diese Situation wesentlich ändern. Die gleichzeitige Beteiligung Deutschlands, Frankreichs und Englands an einem europäischen Zusammenschluß läßt eine hegemoniale Lösung eher unwahrscheinlich werden. Ich bin daher der Auffassung, daß ein Kleinstaat gegenüber einer Annäherung an die EWG in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium und ihrer jetzigen Zusammensetzung große Vorsicht walten